



## Antrag

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AT/0022/2011		<b>Datum:</b>	06.05.2011			
<b>Verfasser:</b>	01-CDU-Ratsfraktion		<b>Az:</b>				
<b>Gremienweg:</b>							
19.05.2011	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich				
<b>Betreff:</b>							
Antrag der CDU-Ratsfraktion: Das OLG muss bleiben							

### Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit allen zuständigen Stellen und Personen Kontakt aufzunehmen und für die Stadt Koblenz zu fordern, dass die Landesregierung von ihren Plänen Abstand nimmt, das Oberlandesgericht in Koblenz zu schließen und die Zuständigkeiten in eine andere rheinlandpfälzische Stadt zu verlegen.

Der Stadtrat sagt dem Oberbürgermeister hierbei jegliche Unterstützung zu.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in der nächsten Zeit jeweils zeitnah über die Initiativen des Stadtvorstandes in dieser Angelegenheit zu berichten.

### Begründung:

Der Presse war zu entnehmen, dass eine Schließung des Oberlandesgerichts in Koblenz seitens der zukünftigen Landesregierung geplant werde. Dies bedeutet eine erhebliche Schwächung des Justizstandortes Koblenz. Die in Koblenz entstandene und über Jahrzehnte gewachsene Justizkompetenz wird dadurch einen schweren Schaden erleiden. Betroffen sind hiervon die derzeit bei dem Oberlandesgericht tätigen Richter, deren Mitarbeiter und deren Familien sowie die in Koblenz und Umgebung etablierte Anwaltschaft.

Durch die Verlegung wird auch der derzeit intakte interdisziplinäre Austausch mit den anderen Einrichtungen der Justiz und der Hochschulen unterbrochen.

Die Aufgabe des Standortes Koblenz bedeutet auch einschneidende Umorganisationen der im Rahmen der Rechtspflege tätigen Organisationen ( Rechtsanwaltskammer, Notarkammer u.a.).

Der Stadtrat von Koblenz sieht daher das Vorhaben der Verlegung des Oberlandesgerichts mit Sorge und möchte durch den vorliegenden Beschluss ein deutliches Zeichen für Koblenz und seine Justiz setzen.